



Informelle Arbeitsgruppe der Arbeitgeber- vereinigungen¹

In diesem Artikel werden die grundsätzlichen Ansichten der Arbeitgebervereinigungen aus sieben EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf eine qualitative Verbesserung der Primar- und Sekundarschulbildung wiedergegeben. Die Gruppe erkennt an, dass die Organisation des Bildungswesens Aufgabe der Regierungen in den einzelnen Staaten ist, möchte jedoch einen Beitrag zur Debatte über die Qualität der Schulen leisten.

1) 1999 lud A. Oliva, der Vorsitzende des Schulausschusses des italienischen Arbeitgeberverbands Confindustria, die Arbeitgebervereinigungen anderer EU-Staaten zur Bildung einer informellen Arbeitsgruppe ein, die sich mit der Qualität der Primar- und Sekundarschulbildung in den jeweiligen Ländern befassen sollte. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind:

Dänemark, DA: L. Skanting
 Deutschland, BDA: D. Kluxen-Pyta
 Frankreich, MEDEF: A. Dumont, J.P. Farrugia
 Italien, Confindustria: A. Oliva (Vorsitzender), C. Gentili, F. Paterno
 Niederlande, VNO-NCW: C. Renique
 Österreich, VÖI: G. Riemer,
 E. Altrichter
 Vereinigtes Königreich, CBI:
 M. Murray

Auf der Suche nach Qualität in Schulen Der Standpunkt der Arbeitgeber

Einleitung

Dieser Artikel ist als Beitrag zur Debatte über die Qualität der Schulen gedacht. Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der nationalen Bildungssysteme sind mittlerweile in allen hier beleuchteten Ländern eingeleitet worden. Wir hoffen, dass der vorliegende Diskussionsbeitrag Anstoß zu weiteren Schritten geben wird, und würden es begrüßen, wenn sich auch andere zu diesem Thema äußern würden. Der Artikel ist in vier Abschnitte gegliedert, die sich jeweils mit der Frage nach dem „Warum“, dem „Was“, dem „Wie“ und schließlich mit dem „Wer“ und „Wann“ in Bezug auf die Verwirklichung von Schulreformen für das kommende Jahrhundert auseinander setzen. Wir sind der Überzeugung, dass die von uns vorgelegten Reformvorschläge in wechselseitiger Abhängigkeit zueinander stehen und sich gegenseitig ergänzen (vgl. Tabelle 1).

Unserer Meinung nach empfiehlt es sich, die von uns unterbreiteten Vorschläge als systemische Konzeption umzusetzen. Bei einer übermäßigen Betonung einzelner Elemente auf Kosten anderer hätten die Reformen deutlich geringere Wirkungskraft, und unter Umständen könnten sogar die eigentlich verfolgten Absichten untergraben werden.

Warum?

Im 20. Jahrhundert gelang es den entwickelten Ländern, die allgemeine Bildung allen Bürgern zugänglich zu machen; dabei sahen sie sich der Herausforderung gegenüber, ihre Schulen auf eine univer-

sale Bildungsversorgung einzustellen, ohne dass dies mit einer Änderung des Wesens und der Organisation der Schulen einherging. Die Herausforderung, dem sich das Bildungswesen im 21. Jahrhundert stellen muss, besteht darin, neuen Bedürfnissen entgegenzukommen und Anreize zur kontinuierlichen Erhöhung der Qualität in die nationalen Bildungssysteme einzubauen. Die von uns vorgelegten Vorschläge gehen von der Grundannahme aus, dass nur qualitativ hoch stehende Bildungssysteme den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Fortschritt und ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum garantieren können.

Die Fertigkeiten und Kenntnisse, die in fünfzig oder auch schon in zehn Jahren benötigt werden, könnten vielleicht ganz anders aussehen als die Kompetenzen, die heute gefordert sind. Geht man von den derzeitigen wirtschaftlichen Trends aus, zeichnet sich für die nahe Zukunft in etwa folgendes Bild ab:

- Veränderungen vollziehen sich in einem hohen Tempo: Kenntnisse und Fertigkeiten werden schnell veralten;
- der technologische Wandel wird sich im Alltag und im Erwerbsleben noch deutlicher bemerkbar machen;
- die Globalisierung der Handelsbeziehungen und deren Auswirkungen auf unser Leben dürften sich noch weiter intensivieren und nicht etwa abschwächen;
- die Fertigkeiten und Fähigkeiten aller Bürger werden zum entscheidendsten Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit und

**Tabelle 1**

Zehn elementare Forderungen

Das Bildungssystem muss grundlegend reformiert werden, damit die Schulen ihren Schülern künftig das notwendige Rüstzeug mitgeben können, um sich in der Welt des 21. Jahrhunderts zu entfalten, und damit die Lücke zwischen den Kenntnissen und Kompetenzen, die die Schulen heute vermitteln, und denen, die im Hinblick auf eine hohe Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zunehmend benötigt werden, geschlossen wird.

Die Schulen müssen ihren Anspruch und ihre Organisation erneuern. Sie müssen auch weiterhin qualitativ hoch stehende Grundfertigkeiten und eine solide Wissensgrundlage vermitteln. Doch müssen sie ebenso großen Wert auf die Vermittlung von sozialen und persönlichen Kompetenzen, grundlegenden staatsbürgerlichen Werten und der Fähigkeit zur ständigen lebensbegleitenden Weiterbildung legen, welche für die Arbeitswelt, die Mobilität und die Lebensqualität im 21. Jahrhundert benötigt werden.

Die einzelnen Staaten müssen den Schulen Autonomie zur Selbstverwaltung einräumen. Die Schulen müssen hohe Erwartungen hegen, sich selbst Ziele setzen und die Verantwortung dafür übernehmen, dass diese auch erreicht werden. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, ihr Lehrerkollegium selbst auszuwählen und enge Kontakte zu den Eltern, ihrem örtlichen Umfeld, anderen Schulen und Arbeitgebern zu knüpfen.

Ferner müssen die einzelnen Staaten dafür sorgen, dass die Schulen über die Kosten und Qualität ihrer Arbeit Rechenschaft ablegen, und landesweit gültige Leistungsmaßstäbe für jedes Curriculumfach festsetzen, die zur Beurteilung der schulischen Leistungen herangezogen werden und den Schulen als Instrument für die Selbstbewertung und ständige Verbesserung ihrer Arbeit dienen können. Solche landesweiten Leistungsmaßstäbe sollten den höchstmöglichen Leistungsstand herbeiführen. Jeder Staat sollte eine unabhängige Instanz einrichten, die die Qualität jeder einzelnen Schule und des Systems insgesamt evaluiert. Die Ergebnisse der Arbeit der Schulen sollten im Hinblick auf nationale Leistungsvergleiche zwischen gleichartigen Schulen und zur Information von Schülern, Eltern, Arbeitgebern und Bildungspolitikern veröffentlicht werden.

Mehr Geld beinhaltet nicht zwangsläufig auch eine höhere Qualität. Vorrangig müssen vielmehr Reformen im Bereich der Personalverwaltung, der Unterrichtsmethoden und der Organisation angestrebt werden. Die Schulen müssen die vorhandenen Ressourcen effektiver nutzen, um den sich wandelnden Bedürfnissen der Schüler und Arbeitgeber gerecht zu werden. Die Zuweisung von Geldern der öffentlichen Hand an die Schulen sollte grundsätzlich nachfragegesteuert erfolgen und sich nach der Schülerzahl der einzelnen Schule richten.

Eine umfassende und effiziente Bildungsvermittlung setzt sowohl Zusammenarbeit als auch Wettbewerb voraus. Elemente des Wettbewerbs – wie etwa die Wahl der am besten geeigneten Schule durch die Eltern auf der Grundlage umfassender Informationen, die Auswahl der Lehrer durch die jeweilige Schule sowie Leistungsvergleiche zwischen gleichartigen Schulen anhand von festgelegten Bezugsnormen – müssen im Rahmen eines staatlichen Regelwerks eingeführt werden.

Die Schulen sollten zu stimulierenden Zentren des aktiven, individuell zugeschnittenen Lernens werden, indem sie das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien voll ausschöpfen.

Die Schulen müssen gewährleisten, dass Theorie und Praxis im Unterricht in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen – dass sowohl das Wissen als auch dessen praktische Anwendung betont wird. Um die Wissbegierde der Schüler zu fördern, sollten die Schulen ihren Schülern vermitteln, wie sie die erworbenen Kenntnisse und Kompetenzen in der Praxis nutzen können.

Auf die Schulleiter und Lehrer kommt es ganz besonders an. Sie sind für den Erfolg der schulischen Arbeit ausschlaggebend. Deshalb müssen sie hoch qualifiziert sein, einen Universitätsabschluss oder eine gleichwertige bzw. darüber hinausgehende Befähigung besitzen, daneben eine praktische Ausbildung absolviert haben und zudem die Möglichkeit zur laufenden beruflichen Fortbildung erhalten. Die Arbeitsbedingungen dieser Berufsgruppe müssen modernisiert werden, damit Schulleiter und Lehrer durch eine nach Aufgabenumfang und Leistung differenzierte Besoldung den notwendigen Ansporn zu einer erfolgreichen Tätigkeit bekommen. Alle Lehrkräfte müssen außerdem die Wichtigkeit von Innovationen erkennen, da sie im Rahmen ihrer beruflichen Rolle zunehmend Betreueraufgaben wahrnehmen werden. Dabei wird künftig immer größerer Wert auf Teamarbeit gelegt werden müssen.

Die Arbeitgeber müssen die Schulen bei der Vorbereitung der Schüler auf das Erwerbsleben und im Hinblick auf eine effektivere schulische Selbstverwaltung aktiver unterstützen – insbesondere durch Berufsberatungsleistungen, Arbeitserfahrungen, die Bereitschaft zur Entsendung von Fachleuten, Aufgeschlossenheit gegenüber der Veranstaltung von betrieblichen Praktika für Schulleiter und Lehrer und Hilfestellung bei der Einführung von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Schulen, Eltern und Arbeitgeber müssen gemeinsam sicherstellen, dass die Schüler in Bezug auf ihre weitere Ausbildungs- und Berufswahl wohl fundierte Entscheidungen treffen.



Tabelle 2

Die nationalen Bildungssysteme – aus der Sicht der Arbeitgeber

Dänemark Die Achillesferse des nationalen Bildungssystems ist dessen mangelnde Kenntnisnahme der außerschulischen Welt: Die Schulen unterhalten kaum Beziehungen zur Arbeitswelt und weisen kaum Bezüge zu den Zielen Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf.

Bericht des Dänischen Arbeitgeberverbands, „Zielsetzungen, Qualität und Management – Forderungen an die Primarstufe und Sekundarstufe I“, 1999

Deutschland Den Schulen gelingt es nicht, das Potenzial der Schüler freizusetzen, und noch nicht einmal, ihnen lebensnotwendige Grundkompetenzen zu vermitteln. Die Vorbereitung der Schüler auf die Arbeitswelt kostet die deutschen Arbeitgeber rund 70 000 DM pro Schüler – eine Vorbereitung, die die Schule eigentlich hätte vollenden müssen.

Erhebung des Instituts der deutschen Wirtschaft, 1999

Frankreich Französische Schulen vermitteln einen guten Wissensstand, bringen den Schülern jedoch nicht bei, wie sie dieses Wissen ausbauen oder weiterentwickeln können. Seit jeher haben sich die Unternehmen auf das staatliche Bildungswesen verlassen, dieses jedoch gleichzeitig heftig kritisiert ... mittlerweile sind sie sich bewusst geworden, welche Rolle sie selbst übernehmen sollten.

Französischer Arbeitgeberverband MEDEF, unter Berufung auf Godet und Crozier, „Objectif Compétences“, 1998

Italien Das italienische Bildungswesen zeichnet sich durch Quantität auf Kosten von Qualität aus – es gibt zu viele Curriculumfächer, zu viele Lehrkräfte und zu viele Schulen im Verhältnis zur Zahl der Schüler.

Bericht des italienischen Arbeitgeberverbands Confindustria, „Auf dem Weg zur Schule 2000: Zusammenarbeit und Wettbewerb“, 1998

Niederlande Zu wenige Schulen verfolgen eine pädagogische Linie, die auf eine Verbesserung des traditionellen Unterrichts im Klassenzimmer abzielt. Nur selten wird eine Evaluierung von schulischen Innovationen vorgenommen. Im Durchschnitt werden an den Schulen der Sekundarstufe I nur 64 % der Ziele des nationalen Curriculums erreicht.

Bericht der nationalen Schulaufsichtsbehörde der Niederlande, September 1999

Österreich Obwohl Österreich in Bezug auf die Ausgaben für das Schul- und Bildungswesen im internationalen Vergleich eine Spitzenposition einnimmt, klafft zwischen den von der Wirtschaft nachgefragten Qualifikationen und denen, die durch die Schulen vermittelt werden, eine deutliche Lücke. Durch den Einsatz von marktwirtschaftlichen Elementen wie Qualitätskontrolle, schulischer Selbstverwaltung usw. würden die Unterrichtsqualität erhöht und die vorhandenen Ressourcen besser genutzt.

Bericht der Vereinigung der Österreichischen Industrie, „Österreich AG“, 1999

Vereinigtes Königreich Die unzulänglichen Ergebnisse der schulischen Grundbildung sind für alle Arbeitgeber Besorgnis erregend. Das Problem liegt dabei hauptsächlich an den zu niedrigen Erwartungen ... die große Mehrzahl der Jugendlichen hat das Potenzial, sehr viel mehr zu erreichen, als gemeinhin von ihnen erwartet wird, und muss dazu ermuntert werden, dieses Potenzial auch zu erreichen.

Bericht des Dachverbands der britischen Industrie, „A skills passport“, 1995. Die Schlussfolgerungen des Berichts beziehen sich auf die unterschiedlichen Bildungssysteme von England und Wales, Schottland und Nordirland.

den Wohlstand jedes Landes sowie für die individuelle Beschäftigungsfähigkeit und Lebensqualität der Menschen;

□ die Arbeitsmärkte werden weiterhin offen und flexibel sein und hohe Anforderungen stellen.

Im kommenden Jahrhundert wird sich das Arbeitsumfeld der Schulen durch neue Medien, Fortschritte im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und neue Möglichkeiten zur Befriedigung der Informations- und Bildungsnachfrage radikal verändern. Die Schulen müssen den Schülern das nötige Rüstzeug an die Hand geben, damit sie neue Medien nutzen, unter den angebotenen Informationen auswählen und ihr Wissen nutzbringend einsetzen können. Die Schulen sind heute nicht mehr die Hauptquelle für Informationen und Bildung, sondern stehen vielmehr im Wettbewerb mit anderen Bildungsmedien.

Zwischen den Kompetenzen, die sich die Arbeitgeber in zunehmendem Maße von ihren Beschäftigten wünschen werden, und den Kompetenzen, die die Schulen den Schülern gegenwärtig vermitteln, klafft eine deutliche Lücke (Tabelle 2). Diese Lücke wird immer größer. Schüler sollten indes Qualifikationen erwerben, die dem höchsten Qualitätsstandard entsprechen, sowohl im Hinblick auf die Erhaltung und den Ausbau des kulturellen Reichtums unserer Länder als auch zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften.

Gelingt es uns nicht, diese Herausforderungen zu bewältigen, wird es zu einer Verarmung der Schüler und der Gesellschaft insgesamt kommen. Alle Schüler sollten ihre Schulbildung abschließen; keiner darf die Schule vorzeitig verlassen. Von den Schülern, Lehrern und Regierungen sollten wir hohe Ambitionen erwarten und fordern.

Der Unterricht und die schulischen Lernprozesse werden keiner hinreichenden Qualitätskontrolle unterzogen. Die staatliche Schulbildung wird zwar von Eltern und Schülern als „kostenlos“ aufgefasst, doch zahlt die Gesellschaft als Ganzes viel Geld für die Unterhaltung ihrer Bildungssysteme. In allen hoch entwickelten Ländern werden durchschnittlich 5 bis 6 %



Tabelle 3

Ausgaben pro Schüler für staatliche und private Bildungseinrichtungen (einschließlich der prozentualen Abweichung vom EU-15-Durchschnitt) in USD, umgerechnet auf die Kaufkraftparität

1995	Alle Bildungsstufen**		Vorschulerziehung		Primarstufe		Sekundarstufe	
Dänemark	5968	(+21 %)	4964	(+32,1 %)	5713	(+46,7 %)	6247	(+25,1 %)
Deutschland*	5972	(+21 %)	4381	(+16,6 %)	3361	(-13,6 %)	6254	(+25,2 %)
Frankreich	5001	(+1,4 %)	3242	(-13,7 %)	3379	(-13,2 %)	6182	(+23,8 %)
Italien*	5157	(+4,5 %)	3316	(-11,7 %)	4673	(+20 %)	5348	(+7,1 %)
Niederlande	4397	(-10,9 %)	3021	(-19,6 %)	3191	(-18 %)	4351	(-12,9 %)
Österreich*	6763	(+37,1 %)	4907	(+30,6 %)	5572	(+43,2 %)	7118	(+42,6 %)
Vereinigtes Königreich	4222	(-14,4 %)	5049	(+34,4 %)	3328	(-14,5 %)	4246	(-15 %)
Durchschnitt								
EU 15	4934		3758		3892		4983	
USA	7905	(+60,2 %)	k. A.		5371	(+38 %)	6812	(+36,4 %)
Japan	4991	(+1,5 %)	2476	(-34,1 %)	4065	(+4,4 %)	4465	(-10,6 %)

* nur staatliche Bildungseinrichtungen; ** einschließlich des tertiären Bildungsbereichs (Hochschulen)

Quelle: OECD „Bildung kompakt“, 1998

Tabelle 4

Verhältnis von Schülern zu Lehrkräften in verschiedenen Bildungsstufen (einschließlich der prozentualen Abweichung vom EU-15-Durchschnitt)

1995	Vorschulerziehung		Primarstufe		Sekundarstufe	
Dänemark	13,1	(-29,8 %)	11,2	(-33,3 %)	11	(-18,5 %)
Deutschland	23,7	(+27,1 %)	20,9	(+24,4 %)	15	(+11,1 %)
Frankreich	24,6	(+31,9 %)	19,5	(+16,1 %)	13,3	(-1,5 %)
Italien	13,9	(-25,5 %)	11,2	(-33,3 %)	10,2	(-24,4 %)
Niederlande	20	(+7,2 %)	20	(+19 %)	18,6	(+37,8 %)
Österreich	18,9	(+1,3 %)	12,7	(-24,4 %)	8,9	(-34,1 %)
Vereinigtes Königreich	19,1	(+2,4 %)	21,3	(+26,8 %)	15,6	(+15,5 %)
Durchschnitt EU 15	18,65		16,8		13,5	
USA	21,9	(+17,4 %)	16,9	(+0,6 %)	16,1	(+19,2 %)
Japan	17,8	(-4,5 %)	19,7	(+17,2 %)	15,9	(+17,8 %)

Berechnung auf der Grundlage von Vollzeitäquivalenten

Quelle: OECD „Bildung kompakt“, 1998

des Bruttoinlandsprodukts für das nationale Bildungswesen ausgegeben, einschließlich der Aufwendungen für den tertiären Bildungsbereich. Daraus ergeben sich beträchtliche Ausgaben pro Schüler, das sinnvollste Maß für internationale Vergleiche (vgl. Tabelle 3). Es müssen zuverlässige Verfahren zur Rechenschaftslegung eingeführt werden, damit sichergestellt werden kann, dass die Schulen für dieses Geld auch eine entsprechende Leis-

tung erbringen und dass die wichtigsten Kostenfaktoren (wovon die Lehrerkosten am bedeutendsten sind) strengen Kontrollen unterzogen werden. Das rechnerische Schüler-Lehrer-Verhältnis in verschiedenen Ländern ist in Tabelle 4 aufgeführt.

Es gibt deutliche Belege, die die Besorgnis der Arbeitgeber bestätigen. So schneiden Europäer etwa in internationalen Untersuchungen wie der 3. Internationalen



Tabelle 5

Resultate in der 3. Internationalen Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie (TIMSS). Mathematische Leistungen von 14-jährigen Schülern

1995	Mittelwert	TIMSS-Gesamtplatzierung
Belgien (Flämische Gemeinschaft)	565	5
Bulgarien	540	11
Dänemark	502	26
Deutschland	509	23
Finnland	k.A.	k.A.
Frankreich	538	13
Griechenland	484	32
Irland	527	17
Italien *	502	19
Lettland	493	29
Litauen	477	34
Luxemburg	k.A.	k.A.
Niederlande	541	9
Österreich	539	12
Portugal	454	36
Rumänien	482	33
Schweden	519	22
Slowakei	547	7
Slowenien	541	10
Spanien	487	30
Tschechische Republik	564	6
Ungarn	537	14
Vereinigtes Königreich	506	24
Zypern	474	35
Durchschnitt EU 15	513	
USA	500	27
Japan	605	3
Singapur	643	1
Korea	607	2

* Quelle und Berechnungen: CEDE

Wie die Ergebnisse des letzten TIMSS-Testes zeigen, schneiden die EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt schlechter ab als die besten asiatischen Länder: Japan, Südkorea und Singapur.

Quelle: OECD „Bildung kompakt“, 1998

Mathematik- und Naturwissenschaftsstudie (TIMSS) merklich schlechter ab als die Bürger anderer hoch entwickelter Länder (Tabelle 5).

Was?

Der grundsätzliche Auftrag der Schulen besteht seit langem darin, die Schüler auf die Arbeitswelt und auf die volle Teilnahme am gesellschaftlichen Leben im wei-

teren Sinne vorzubereiten. Diese Zielsetzung ist nach wie vor unverändert, doch müssen sich die Schulen mit der Frage auseinandersetzen, was die Erreichung dieses Ziels heute und in den kommenden Jahren beinhaltet. Als Ausgangspunkt hierfür lohnt es sich, die Empfehlungen des Bildungsberichts der UNESCO von 1996 in Erwägung zu ziehen, die mit den Erfahrungen der Arbeitgeber in Einklang stehen. Der Bericht kam zu folgenden Schluss:

„Bildung muss die Landkarten einer komplexen und sich ständig verändernden Welt liefern sowie den Kompass zur Orientierung.“

Gemäß den Empfehlungen dieses Berichts müssen Schulen dafür Sorge tragen, dass den vier primären Elementen der Bildung – dem Erlernen von Wissen („*learning to know*“), dem Erlernen von Fertigkeiten („*learning to do*“), der Befähigung zum Zusammenleben mit anderen („*learning to live with others*“), der Formung der eigenen Identität („*learning to be*“) – gleich viel Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Für die Arbeitgeber folgt aus diesen Prinzipien, dass Schüler mit folgenden Kompetenzen ausgestattet werden sollten:

□ grundlegende Kompetenzen – Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten, aktuelles und zweckdienliches Wissen bzw. Verständnis von Sachverhalten;

□ praktische Kompetenzen, z.B. die Fähigkeit zur Problemlösung, die Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die Vermittlung einer Arbeitsethik;

□ soziale Kompetenzen, z.B. die Kommunikation mit anderen Menschen, die Zusammenarbeit mit anderen in verschiedenen Umfeldern und Kulturen, Fremdsprachen, grundlegende staatsbürgerliche Werte;

□ persönliche Kompetenzen und Werte, u.a. Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein, emotionale Intelligenz, Unternehmergeist, Lernbegierde und Lernfähigkeit, die Fähigkeit zur praktischen Anwendung von Gelerntem, die Fähigkeit zur Nutzung des Potenzials von Veränderungen sowie die Fähigkeit, die eigenen



Stärken und Schwächen zu beurteilen und mit diesen sinnvoll umzugehen.

Es ist so wichtig wie eh und je, dass Schüler bei ihrem Abgang von der Schule über eine solide Grundlage in traditionellen Kenntnissen und Fertigkeiten verfügen: Lesen, Schreiben, Rechnen und eine fundamentale Kenntnis der Vergangenheit und der Gegenwart sind nach wie vor unerlässlich. Praktisch kein Schüler sollte die Schule ohne formalen Abschluss verlassen (vgl. Tabelle 6). Doch müssen die Schulen den Schülern auch die erforderlichen Kompetenzen und Grundeinstellungen vermitteln, die sie zur vollen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in einer zunehmenden globalisierten Umwelt befähigen werden.

Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, müssen die Schulen nicht nur ihre Ziele neu beleben, sondern auch ihre Verfahrensweisen. Es müssen moderne pädagogische Methoden zum Einsatz kommen, die den Schülern helfen, die oben beschriebenen Kompetenzen auf integrierte Weise zu entwickeln – d.h. mehrere Kompetenzen gleichzeitig zu entwickeln, ganz so, wie sie dies in ihrem späteren Erwerbsleben tun werden. In vielen Schulen lernen Schüler heute in dem gleichen Umfeld und mit den gleichen Mitteln, wie es bereits ihre Eltern oder gar ihre Großeltern taten, um sich ihrerseits auf eine völlig andere Welt vorzubereiten. Schulen sollten reizvolle Herausforderungen und ein stimulierendes Umfeld bieten, was sie unserer Meinung nach durchaus können. Mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien könnte dieser Wandlungsprozess in den Schulen instrumentell unterstützt werden.

Lernen endet längst nicht mehr an den Schultoren. Das A und O der Beschäftigung im 21. Jahrhundert liegt in der Fähigkeit, über das gesamte Erwerbsleben hinweg zu lernen und sich an neue Gegebenheiten anzupassen. Die Schulen müssen den Schülern den Nutzen des lebensbegleitenden Lernens beibringen und ihnen das nötige Rüstzeug und den Wunsch mitgeben, sich ein Leben lang weiterzubilden. Die Schulen müssen den jungen Menschen helfen, ihre Verantwortung zur persönlichen Weiterbildung zu erkennen. Wie im Weißbuch der EU von 1995, „Auf dem Weg zur kognitiven Ge-

Tabelle 6 Prozentualer Anteil der Bevölkerung mit einem der Sekundarstufe II entsprechenden Abschluss im typischen Alter des Abschlusserwerbs

1996	
Dänemark	81 %
Deutschland	86 %
Frankreich	85 %
Italien	79 %
Niederlande	93,9 %
Österreich	86 %
Vereinigtes Königreich*	81 %
DurchschnittsweEU 15	85,9 %
USA	72 %
Japan	99 %

* Quelle: Britisches Ministerium für Bildung und Beschäftigung. Die Daten beziehen sich auf den prozentualen Anteil der Personen in England über 16 Jahren, die wenigstens einen GCSE-Abschluss erworben haben.

Quelle: OECD „Bildung kompakt“, 1998

sellschaft“, dargelegt, sollte die Heranbildung einer lernenden, „kognitiven“ Gesellschaft angestrebt werden, für die die Schulen das Fundament und den Antrieb liefern.

Die Internationale Stichprobenerhebung zu den Lese- und Schreibfertigkeiten Erwachsener (IALS) von 1995 zeigt, dass ein hoher Anteil (zwischen 25 % und 50 %) der Bevölkerung in hoch entwickelten OECD-Ländern nicht das wünschenswerte Niveau der Lese- und Schreibfertigkeiten erreichte (Tabelle 7). Diese Zahlen sind überaus Besorgnis erregend und unterstreichen sowohl die Notwendigkeit eines qualitativ hoch stehenden Primar- und Sekundarschulsystems als auch die Wichtigkeit des lebensbegleitenden Lernens.

Wie?

„Die Schaffung einer guten Schule setzt einen starken, kompetenten Schulleiter voraus, der versteht, wie wichtig eine klare Führung, engagierte Lehrkräfte und Eltern, hohe Erwartungen an jedes Kind und vor allem ein guter Unterricht sind, ... in einem Klima, in dem jede Schule ständig gefordert ist, sich mit anderen ähnlichen Schulen zu vergleichen



Tabelle 7

Prozentualer Anteil der Bevölkerung zwischen 16 und 65 Jahren auf verschiedenen Leistungsstufen der Lese- und Schreibfähigkeit bzgl. Dokumenten. Daten aus der Internationalen Stichprobenerhebung zu den Lese- und Schreibfertigkeiten Erwachsener (IALS)

1994/5	IALS-Stufe 1*	IALS-Stufe 2	IALS-Stufe 3	IALS-Stufe 4
Australien	17 %	28 %	38 %	17 %
Belgien (Flämische Gemeinschaft)	15 %	24 %	43 %	17 %
Deutschland	9 %	33 %	40 %	19 %
Irland	25 %	32 %	32 %	12 %
Kanada	18 %	25 %	32 %	25 %
Neuseeland	21 %	29 %	32 %	18 %
Niederlande	10 %	26 %	44 %	20 %
Schweden	6 %	19 %	39 %	36 %
USA	24 %	26 %	31 %	19 %
Vereinigtes Königreich	23 %	27 %	31 %	19 %

* Die Leistungsstufen 1 und 2 gelten als unzureichend im Hinblick auf die Erfüllung der Anforderungen der heutigen Arbeitswelt und des heutigen Alltagslebens. Die IALS-Studie wurden 1994/95 gemeinsam von der OECD und dem Statistischen Amt Kanadas durchgeführt. Dabei wurden die Lese- und Schreibfertigkeiten in dreierlei Hinsicht getestet, und zwar insbesondere bezüglich der Bewältigung von Prosatexten, der Bewältigung von Dokumenten und der quantitativen Textbewältigung. Die Daten in der obigen Tabelle beziehen sich vorrangig auf die Fähigkeit zur Bewältigung von Dokumenten, d.h. auf die Kenntnisse und Fertigkeiten, die zur Auffindung und Nutzung von Informationen in Dokumenten verschiedener Art wie etwa Stellenbewerbungsbögen, Lohn-/Gehaltsformularen, Fahrplänen, Karten, Tabellen und Schaubildern benötigt werden. Österreich, Dänemark, Frankreich und Italien nahmen an dieser Erhebung nicht teil.

Quelle: OECD, „Bildung kompakt“ (1998)

die als Instrument zur Beurteilung der Leistungen in jedem Fach des nationalen Curriculums dienen und den Schulen die notwendigen Informationen zur Evaluierung der eigenen Arbeit an die Hand geben. Landesweite Maßstäbe sollten den höchstmöglichen Leistungsstand herbeiführen; alle Schulen müssen sich ständig eigene Ziele im Hinblick auf die Erreichung dieses Leistungsstands setzen. Die Leistungen der Schüler müssen durch ein System von zentralen Prüfungen in allen Hauptphasen des schulischen Curriculums objektiv bewertet werden. Neben den formalen theoretischen Kenntnissen sollten dabei auch die von den Schülern zu erlernenden praktischen Fertigkeiten beurteilt werden.

Der Staat und die Schulen müssen ausgehend von den landesweiten Ergebnissen Zielvorgaben für den weiteren Fortschritt festsetzen. Eine objektive Leistungsbewertung wird es dem Staat, den Eltern und den Arbeitgebern ermöglichen, wohl fundierte Entscheidungen zu treffen. Praktisch kein Schüler sollte die Schule ohne Abschluss verlassen.

Die Anwendung von landesweiten Maßstäben zur Leistungsbeurteilung ist auch aus internationaler Perspektive wichtig. Internationale Leistungsvergleiche anhand von Bezugsnormen dürften die Ergebnisse der schulischen Arbeit transparenter machen und die Zusammenarbeit und die Mobilität fördern. Dies könnte insbesondere für naturwissenschaftliche Fächer von Bedeutung sein, wo die Einführung von vergleichbaren Standards in verschiedenen Ländern praktisch möglich und zweckmäßig ist.

Die Entwicklung von Kriterien zur Bewertung von persönlichen und sozialen Kompetenzen wie auch von theoretischen Kenntnissen wäre zwar sinnvoll, doch erkennen wir an, dass diese Frage noch einer eingehenderen wissenschaftlichen Untersuchung bedarf.

Eine unabhängige Instanz muss die Ergebnisse der Arbeit der Schulen an den landesweiten Leistungsmaßstäben messen. Diese sollte die Gesamtqualität des nationalen Schulwesens evaluieren und dabei Vergleiche mit internationalen Maßstäben gestatten. Die Evaluierung der Ergebnisse der Schulen sollte zudem kon-

„Es müssen klare landesweite Wissens- und Kompetenzmaßstäbe festgelegt werden, die als Instrument zur Beurteilung der Leistungen (...) dienen. (...) Die Anwendung von landesweiten Maßstäben zur Leistungsbeurteilung ist auch aus internationaler Perspektive wichtig. Internationale Leistungsvergleiche anhand von Bezugsnormen dürften die Ergebnisse der schulischen Arbeit transparenter machen und die Zusammenarbeit und die Mobilität fördern.“

und bewährte Verfahrensweisen zur Erzielung besserer Ergebnisse zu übernehmen.“

Nachstehend legen wir die elementaren Reformen dar, die unserer Ansicht nach notwendig sind, um den Veränderungsprozess in Gang zu bringen. Einige dieser Veränderungen wurden in manchen europäischen Ländern bereits eingeleitet, doch sind sie bislang noch nirgends vollständig umgesetzt worden.

Landesweit gültige Leistungsmaßstäbe und eine unabhängige Evaluierung

Es müssen klare landesweite Wissens- und Kompetenzmaßstäbe festgelegt werden,



struktive Empfehlungen liefern. Innerhalb des nationalen Schulwesens sollte jede Schule durch externe Gutachter an den landesweiten Maßstäben gemessen werden. Der Staat und die Eltern können daraufhin vergleichbare Schulen beurteilen und die Fortschritte der einzelnen Schulen gegenüber früher erzielten Ergebnissen nachvollziehen. Einzelne Schulen und einzelne Lehrkräfte sollten die Möglichkeit haben, die Ergebnisse ihrer Arbeit zu bewerten und die eigenen Fortschritte mit denen anderer zu vergleichen. Es muss zu einer Kultur der Selbstbewertung und der laufenden Verbesserung angespornt werden. Um diese Ziele wirksam zu erreichen, muss die unabhängige Evaluierungsinstanz der Regierung über die Leistungsbeurteilung der Schulen Bericht erstatten und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Dass Schulen versagen, sollte auf keinen Fall hingegenommen werden – Jugendliche bekommen schließlich nur eine einzige Chance zu einer Schullaufbahn.

Zusammenarbeit und Wettbewerb

Die Fähigkeit der Schulen, den Bedürfnissen ihrer Schüler entgegenzukommen, wird durch die Schulwahl der Eltern einer effektiven Probe unterzogen. Eine Schulwahl durch die Eltern, die sich auf umfassende Informationen über Ergebnisse der einzelnen Schule gründet, prämiiert diejenigen Schulen, die den Bedürfnissen ihrer Schüler am besten gerecht werden. Dies schafft den notwendigen Ansporn, von den besten Vorbildern zu lernen, Neuerungen einzuführen und den Leistungsstand anzuheben. Die Schulen sollten sowohl zusammenarbeiten als auch miteinander wetteifern. Die Schulen sollten dieses Element des Wettbewerbs nicht etwa fürchten – es wird ihnen vielmehr dabei helfen, bessere Schulen zu werden. In diesem Sinne befürworten wir den Wettbewerb zwischen vergleichbaren Schulen, damit diese darum wetteifern, den Bedürfnissen der Schüler effektiver nachzukommen.

Die Vergabe von Geldern durch die öffentliche Hand sollte sich hauptsächlich auf die Schülerzahl und die von der jeweiligen Schule erzielten Ergebnisse grün-

den. Dies sorgt für die notwendige finanzielle Dynamik, damit sich die Schulwahl der Eltern reell bemerkbar macht, und es wird ein nachfragegesteuertes System geschaffen. Die Finanzierung sollte auch die Fortschritte prämiieren, die die Schulen mit ihren Schülern erzielen. Die Schulen müssen die Verantwortung für ihre eigenen Finanzen und die Steuerung ihrer Kosten übernehmen. Wenn den Schulen die Verantwortung für die Erreichung bestimmter Zielvorgaben übertragen werden soll, muss man ihnen dazu auch die erforderlichen Instrumente an die Hand geben.

Mittelzuweisungen müssen an Ergebnisse geknüpft werden, damit ein Anreiz geboten wird, den Bedürfnissen der Schüler besser nachzukommen. Mehr Geld beinhaltet nicht zwangsläufig auch eine höhere Qualität. Vorrangig müssen vielmehr Reformen im Bereich der Personalverwaltung, der Unterrichtsmethoden und der Organisation angestrebt werden. Das Bildungswesen muss imstande sein, zu besseren Leistungen anzuspornen, und zwar sowohl die einzelnen Schulen als auch die Lehrer und Schüler an diesen Schulen, so dass für jede Schule und die dazugehörige Lehrerschaft ein System geschaffen wird, das gute Leistungen belohnt.

Ein Curriculum für 21. Jahrhundert

Ein ausgewogenes Curriculum, das die Bedeutung von geisteswissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächern angemessen widerspiegelt, kann dazu beitragen, den Bedürfnissen der Schüler gerecht zu werden. Die Schulen sollten danach streben, umfassend gebildete Menschen hervorzubringen, die die Bereitschaft und das nötige Rüstzeug zur vollen Teilnahme am Leben in der Welt von heute besitzen und sich ihrer zentralen staatsbürgerlichen Pflichten bewusst sind. Ebenso müssen die Schulen den Schülern die einleuchtenden Gründe für die Übernahme der grundlegenden Werte unserer Gesellschaft nahe bringen, denen gegenüber sich die Schulen nicht schlicht neutral verhalten können. Die Schüler müssen ferner auf die Mobilität vorbereitet werden, indem ihnen Fremdsprachenkenntnisse und Kompetenzen auf

„Eine Schulwahl durch die Eltern, die sich auf umfassende Informationen über Ergebnisse der einzelnen Schule gründet, prämiiert diejenigen Schulen, die den Bedürfnissen ihrer Schüler am besten gerecht werden. Dies schafft den notwendigen Ansporn, von den besten Vorbildern zu lernen, Neuerungen einzuführen und den Leistungsstand anzuheben. Die Schulen sollten sowohl zusammenarbeiten als auch miteinander wetteifern. Die Schulen sollten dieses Element des Wettbewerbs nicht etwa fürchten – es wird ihnen vielmehr dabei helfen, bessere Schulen zu werden.“



dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien vermittelt werden. Die Unternehmen sollten einen besonderen Beitrag zur Förderung der beruflichen Bildung und des Übergangs der Schüler von der Schule in die Arbeitswelt leisten: Arbeitgeber, die ehemalige Schüler später einmal einstellen, müssen sich auch an der Vorbereitung ihres Eintritts in das Erwerbsleben beteiligen.

Die schulische Bildung sollte so weit als möglich auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten werden, ebenso jedoch die Schüler auf die Gesellschaft vorbereiten. Die Schüler sollten in zunehmendem Maße als aktive Teilnehmer am Lernprozess behandelt werden und nicht nur als passive Unterrichtsrezipienten. Die Lehrer sollten die Schüler zum selbstständigen Lernen anleiten. An den Schulen sollte überlegt werden, wie sich z.B. ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Unterrichtung der Schüler und der Anleitung zum eigenständigen Lernen in der Zukunft erzielen lässt. Außerdem sollten die Schulen danach streben, die Schüler zum lebensbegleitenden Lernen zu erziehen und anzuspornen, indem sie anerkennen, dass sich die Ausbildung des Menschen über das gesamte Erwerbsleben hinweg fortsetzt. Die Schulen sollten die Wissbegierde ihrer Schüler fördern, indem sie die praktische Anwendung und Umsetzung der vermittelten Kenntnisse und Kompetenzen besonders hervorheben.

Die Schulen müssen eine qualitativ hoch stehende Ausbildungs- und Berufsberatung bieten, um den Schülern den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben zu erleichtern. Eltern, Schulen und insbesondere auch Arbeitgeber sollten den Schülern gemeinsam dabei helfen, fundierte Entscheidungen in Bezug auf ihre künftige Laufbahn zu treffen. Den Schülern sollte die Erkenntnis vermittelt werden, dass sich Bildung langfristig rentiert, und es muss deutlich betont werden, welche Verantwortung ihnen für die eigene Zukunft zukommt.

Die ersten Jahre der Bildungslaufbahn (Vorschulerziehung und Primarstufe) sind ebenso wichtig wie die Jahre, die im Sekundar- und Tertiärbereich verbracht werden. Dem sollte bei der Zuweisung von Geldern und Unterrichtsmitteln Rechnung getragen werden.

Autonomie für die Schulen

Die Schulen müssen die Freiheit erhalten, sich selbst zu verwalten und selbst über ihre Unterrichtsmethoden zu entscheiden. Zur Erhöhung der Qualität müssen die Schulen die Verantwortung für die kontinuierliche Verbesserung ihrer Ergebnisse gegenüber den landesweiten Leistungsmaßstäben übernehmen und dabei den höchstmöglichen Leistungsstand anstreben. Den Schulverwaltungsgremien oder der zuständigen öffentlichen Behörde muss das Recht zur Auswahl der Schulleiter zugestanden werden. Die Schulen (Schulleiter bzw. Schulverwaltungsgremien) müssen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Lehrer auszuwählen, die besten Lehrkräfte zu belohnen und diejenigen, die einen eindeutig schädlichen Einfluss auf die Ausbildung der Schüler ausüben, zu entlassen. Die Selbstverwaltung könnte etwa durch die Einsetzung von Schulverwaltungsgremien erreicht werden, die zusammen mit den Schulleitern den Eltern und dem Staat gegenüber Rechenschaft über die Ergebnisse der schulischen Arbeit ablegen müssen. Solche Schulverwaltungsgremien sollten sowohl mit Personen besetzt sein, die unmittelbar in der Schule tätig sind, als auch mit Vertretern externer Interessengruppen.

Im Rahmen der schulischen Autonomie sollte es den Schulen gestattet sein, flexibel über die zur Verfügung stehenden Mittel zu disponieren. Die Schulen müssen die Freiheit erhalten, über die effektivste Nutzung ihrer Gebäude und sonstigen Ressourcen selbst zu entscheiden und sich auch dem Erwachsenenbildungsbereich und der Gesellschaft im Allgemeinen zu öffnen.

Schulen müssen Zugang zu Forschungs- und Analysearbeiten über die bewährtesten pädagogischen und administrativen Verfahrensweisen erhalten. Einzelne Lehrer und Schulen sollten im Hinblick auf diese Zielsetzung selbst Kontakte knüpfen, doch werden sie ebenso mit universitären und sonstigen Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten müssen, um sich das vorhandene Material am sinnvollsten zunutze machen zu können. Die Einführung von Neuerungen sollte von staatlicher Seite gefördert werden, und die Arbeitgeber sollten sich bereit zeigen,



vorbildliche Verfahrensweisen aus dem Bereich des Managements weiterzugeben und Lehrern und Schulleitern betriebliche Praktika anzubieten.

Die Schulen müssen bestrebt sein, bewährte Verfahrensweisen, Innovationen und Leitgedanken aus vielen verschiedenen Umfeldern zu beziehen, u.a. auch aus der Sphäre der privaten Wirtschaft. Die Schulen und die Arbeitgeber sollten zur Erkenntnis gelangen, dass sie Wertvolles voneinander lernen können, und dass ihnen die wichtige gemeinsame Aufgabe zukommt, Schüler auf die Arbeitswelt und das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten.

Eine Lehrerschaft von höchster Qualität

Schulleiter sollten ihre Schulen führen, eine Befähigung für diese Aufgabe besitzen und mit der notwendigen Autonomie und Verantwortung ausgestattet sein, damit sie ihre Führungsrolle auch wirklich wahrnehmen können. Sie sollten nach ihren Arbeitsergebnissen bewertet werden.

Lehrer sollten hoch geschätzte, akademisch gebildete Fachleute sein, denen die Aussicht auf eine Berufslaufbahn geboten wird, die bessere Leistungen angemessen honoriert, engagierten und motivierten Lehrkräften besondere Anreize bietet und eine flexiblere Gestaltung der Arbeitsverträge gestattet – so z.B. den Abschluss von Vollzeit-, Teilzeit- und Zeitverträgen.

Für die Ausbildung und Auswahl der Lehrer ist ein gründliches, durch Investitionen gestütztes System erforderlich, das Schulleitern und Lehrern das erforderliche Rüstzeug für die Bewältigung neuer Anforderungen an die Hand gibt. Jeder Lehrer sollte einen Universitätsabschluss oder eine gleichwertige bzw. darüber hinausgehende Befähigung besitzen und zudem eine praktische Ausbildungszeit in einer Schule absolviert haben. Damit die Kompetenzen der aktiven Lehrkräfte stets mit der aktuellen beruflichen Entwicklung Schritt halten, müssen ihnen laufend Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden, darunter auch Fortbildungsmaßnahmen in außerschulischen Umfeldern. Unternehmen können hierzu einen Bei-

trag leisten, indem sie sich einem wechselseitigen Austausch von Personal gegenüber aufgeschlossen zeigen. Der Schulleiter sollte die Verantwortung für die berufliche Fortbildung des ihm unterstellten Lehrerkollegiums übernehmen.

Lehrer müssen in der Lage sein, sich die moderne Informationstechnik in vollem Umfang zunutze zu machen. Die Informations- und Kommunikationstechnologien haben das Potenzial, die Unterrichtsmethoden und das eigenständige Lernen von Grund auf zu verändern, indem sie es gestatten, dem einzelnen Schüler die Kontrolle über den eigenen Lernprozess zu übertragen. Die Schulen und die politischen Entscheidungsträger sollten ausloten, welche Möglichkeiten aus der Multimedia-Technologie für den Fernunterricht und den Ausbau der Kompetenzen der Lehrer erwachsen. Um dieses Potenzial voll auszuschöpfen, muss man nicht nur in Hardware und Software investieren, sondern ebenso in die Fortbildung der Lehrer, die darin geschult werden müssen, wie sich der Unterricht mithilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien neu gestalten lässt.

Wer und wann?

Im vorliegenden Artikel wird ein Katalog von grundlegenden Reformen dargestellt. Diese Maßnahmen sind nach Überzeugung der Arbeitsgruppe der sieben Arbeitgebervereinigungen notwendig, damit Bildungsreformen erfolgreich verwirklicht werden können. Dies setzt eine systemische Konzeption voraus, bei der alle Elemente als wichtig aufgefasst und in wechselseitiger Abhängigkeit zueinander gesehen werden. Wir hoffen, dass unsere Vorschläge ebenso wie unsere Bestandsaufnahme in Tabelle 8 einen wertvollen Beitrag zu diesem Prozess leisten können.

Wir erkennen an, dass in verschiedenen Ländern derzeit Reformen durchgeführt werden, die in unterschiedlichem Tempo erfolgen. In jedem der sieben Länder sind mittlerweile gewisse Fortschritte erzielt worden, doch hat jedes Land noch einen weiten Weg vor sich, bevor die von uns ersehnten systematische Reformen vollständig umgesetzt worden sind. Im Hinblick auf die Erhaltung der Wettbewerbs-

„Für die Ausbildung und Auswahl der Lehrer ist ein gründliches, durch Investitionen gestütztes System erforderlich, das Schulleitern und Lehrern das erforderliche Rüstzeug für die Bewältigung neuer Anforderungen an die Hand gibt. Jeder Lehrer sollte einen Universitätsabschluss oder eine gleichwertige bzw. darüber hinausgehende Befähigung besitzen und zudem eine praktische Ausbildungszeit in einer Schule absolviert haben.“



Tabelle 8

Wie weit sind die Schulreformen in sieben europäischen Ländern vorangekommen? – Die Bestandsaufnahme der Arbeitgeber

Aspekt	Österreich	Dänemark	Frankreich
Individuelle Ergebnisse in Curriculumfächern werden an landesweiten Maßstäben gemessen.	Teilweise	Die Erreichung landesweiter Zielvorgaben wird bei Abschluss der Pflichtschule beurteilt. Die Schulen sind gehalten, die Leistungen der Schüler über die gesamte Schullaufbahn hinweg zu bewerten.	Ja
Es besteht ein einheitliches Prüfungssystem, das extern bewertet wird.	Nein	Prüfungssysteme werden nicht extern beurteilt, doch werden externe Prüfer eingesetzt.	Nein
Eine unabhängige nationale Instanz überwacht und evaluiert die Ergebnisse der Arbeit der Schulen.	Nein	Es gibt eine unabhängige nationale Instanz zur Evaluierung des Bildungswesens, jedoch nicht zur Evaluierung der Schülerleistungen.	Nein
Jede Schule besitzt Autonomie in Bezug auf die Verwaltung, die eigenen Finanzen, die Personalauswahl und die Unterrichtsgestaltung.	Teilweise. Seit 1990 läuft ein Prozess zur schrittweisen Ausweitung der Autonomie.	Die kommunalen Behörden sind für die Verwaltung der Schulfinanzen zuständig, müssen dabei jedoch gesetzliche Vorgaben einhalten.	Nein
Die Finanzierung der Schulen gründet sich auf die Zahl der eingetragenen Schüler.	Ja	Möglich, da über die Finanzierung auf örtlicher Ebene entschieden wird.	Teilweise
Schulleiter besitzen eine landesweiten Kompetenzmaßstäben entsprechende Befähigung und werden vom Schulverwaltungsgremium im Anschluss an ein Auswahlverfahren ernannt.	Ja – die Befähigung der Schulleiter ist je nach Bundesland unterschiedlich. Mit der Einführung eines Auswahlverfahrens für die Ernennung der Schulleiter wurde vor kurzem begonnen.	Der Schulvorstand legt einen Vorschlag bzgl. der Bewerbung vor. In den meisten Fällen bringen die Schulleiter eine Lehrerausbildung und entsprechende Berufserfahrung mit.	Nein
Lehrkräfte besitzen eine landesweiten Kompetenzmaßstäben entsprechende Befähigung und werden nach Leistung und Verantwortung besoldet.	Lehrer besitzen eine landesweit gültige Befähigung, werden jedoch nicht nach Verantwortung und Leistung besoldet.	Lehrkräfte besitzen eine landesweit gültige Befähigung, werden jedoch nicht vollständig nach Leistung und Verantwortung besoldet.	Teilweise. Keine leistungsabhängige Besoldung
Schüler haben während ihrer gesamten Schullaufbahn Zugang zu einer qualitativ hoch stehenden Ausbildungs- und Berufsberatung.	Ja	Ja	Nein
Die Schulverwaltungsgremien haben strategische Verwaltungsbefugnisse und sind sowohl mit Personen besetzt, die unmittelbar in der Schule tätig sind, als auch mit Vertretern externer Interessengruppen.	Nein	Nur die Eltern sind als nicht dem unmittelbaren schulischen Umfeld angehörende externe Interessengruppe vertreten.	Verwaltungsgremien besitzen keine wirklichen Machtbefugnisse.
Es bestehen enge Beziehungen zwischen der Schule und der Wirtschaft.	Ja, insbesondere im Berufsschulbereich	Nicht landesweit – die Situation ist von Ort zu Ort verschieden.	Teilweise

Unserer Auffassung nach kommt diesen Reformen für die Erhöhung der Qualität der Schulen ausschlaggebende Bedeutung zu – diese Bestandsaufnahme stellt jedoch keine Beurteilung der gegenwärtigen Qualität des jeweiligen Bildungssystems dar.



Deutschland	Italien	Niederlande	Vereinigtes Königreich **
Nein	Nein. Landesweite Zielvorgaben, aber keine landesweiten Leistungsmaßstäbe	Ja	Ja. Schrittweise Einführung im Laufe der 90er Jahre
Nein	Nein. Staatliche Prüfungen im Alter von 14 und 18 Jahren; einheitliche schriftliche, jedoch keine mündlichen Tests. Es erfolgt keine externe Beurteilung.	Nur in der Sekundarstufe	Mit 16 Jahren. Prüfungen im Alter von 7, 11 und 14 Jahren wurden im Laufe der 90er Jahre nach und nach eingeführt.
Nein	Ja, ab dem Jahre 2000, jedoch nicht unabhängig. Die Evaluierung beschränkt sich auf die erzielten Lernleistungen, erstreckt sich hingegen nicht auf die Effektivität.	Aufgabe der Schulaufsichtsbehörde, die mit einer gewissen Autonomie ausgestattet ist*	Ja, seit 1992
Autonomie nur in Bezug auf die Gestaltung des Unterrichts und der Lernprozesse	Ja, ab dem Jahre 2000, allerdings nur in Bezug auf die Unterrichtsgestaltung und die Organisation, bislang noch nicht bezüglich der Personalauswahl und der Finanzen.	Ja. Vollständig in Schulen der Sekundarstufe, weitgehend in Schulen der Primarstufe*	Ja, seit 1990
Teilweise	Nein	Ja	Ja, seit 1990
Nein	Ab 2001 werden sämtliche Schulleiter zu Schulverwaltern mit begrenzten Machtbefugnissen, die im Anschluss an ein Auswahlverfahren ernannt werden. Die Auswahl erfolgt jedoch nicht durch die einzelnen Schulen.	Schulleiter werden im Anschluss an ein Auswahlverfahren ernannt, es werden allerdings besondere Anforderungen an Schulleiter gestellt.	Die Ernennung der Schulleiter erfolgt nach einem Auswahlverfahren. 1999 wurde ein nicht verbindlicher landesweiter Befähigungsnachweis für Schulleiter eingeführt.
Es besteht ein Regelwerk in Bezug auf die Lehramtsbefähigung, die Besoldung erfolgt jedoch nicht leistungsabhängig.	Ja, jedoch nur für 20 % der Lehrer ab 2001 in Form einer zusätzlichen Leistungsprämie (10 bis 15 % des Gehalts) nach einer externen Beurteilung.	Nein	Nein. Ein System von landesweit gültigen Kompetenzmaßstäben wurde 1999 eingeführt. Die allmähliche Einführung eines leistungsbezogenen Gehaltszuschlags ist ab 2001 geplant.
Teilweise	Teilweise, jedoch nicht systematisch und nur in Schulen der Sekundarstufe.	Wird hauptsächlich in Schulen der Sekundarstufe geboten, jedoch keine Qualitätsmaßstäbe.	Hauptsächlich in Schulen der Sekundarstufe. Qualität ungleichmäßig.
Nein	Keine Vertreter externer Interessengruppen und ohne wirkliche Machtbefugnisse.	Ja	Ja
Nein. Nur vereinzelte Initiativen	Hauptsächlich bei technischen Schulen. Nicht systematisch.	Nicht in der Primar- oder Sekundarstufe	Die meisten Schulen unterhalten Beziehungen, jedoch von unterschiedlicher Intensität und Qualität.

* Diese Reformen wurden im Laufe der 90er Jahre nach und nach entwickelt.

** (Die Beschreibung bezieht sich vornehmlich auf England und Wales.)



fähigkeit unserer Länder müssen wir Bildungsreformen vorrangige Priorität einräumen. Den einzelnen Staaten kommt dabei eine wesentliche Aufgabe zu: Sie müssen neue „Spielregeln“ vorgeben, damit die Energie- und Begabungsreserven, die in unseren Schulen bereits vorhanden sind, freigesetzt und genutzt werden.

Unserer Auffassung nach sind Reformen eine dringende Notwendigkeit. Wir emp-

fehlen jedem Land, im Jahre 2000 eine Analyse des eigenen Bildungssystems vorzunehmen. Durch Hinzuziehung von Experten aus einem weiten Umfeld, das über die Landesgrenzen hinausgehen sollte, würde diese Analyse auf eine solidere inhaltliche Grundlage gestellt. Die Arbeitgebervereinigungen würden es begrüßen, wenn auch sie auf nationaler und internationaler Ebene in diesen Prozess mit einbezogen würden.